

Redebeitrag zur Tagung „25 Jahre Wissenschaft und Wiedervereinigung“

Cornelius Weiss, Leipzig

Beim Rückblick auf die Jahre 1990/91 erinnere ich mich vor allem an die unglaubliche Aufbruchstimmung, die damals an den ostdeutschen Universitäten herrschte. In uns loderte immer noch das Pathos der Friedlichen Revolution des Herbstes 1989. Wir glaubten an unsere Kraft, wir fühlten uns ermutigt durch die Solidarität unserer westdeutschen Fachkollegen und der großen Wissenschaftseinrichtungen der alten Bundesrepublik, und wir schmiedeten die kühnsten Pläne, wie wir unsere Hochschulen nach langen Jahren der ideologischen Indoktrination, der Bevormundung und Stagnation an Kopf und Gliedern erneuern und endlich wieder zu Stätten freier Lehre und Forschung reformieren wollten.

Ich persönlich war noch im September 1989, also kurz vor dem Ende der DDR, als einer von ganz wenigen Parteilosen in einer etwas gespenstischen Veranstaltung im damaligen „Haus der Ministerien“ in Berlin (dem heutigen Bundesfinanzministerium) zum außerplanmäßigen Professor für Theoretische Chemie ernannt worden. Das bedeutete allerdings, dass ich dienstrechtlich weiterhin Dozent blieb. Zu meiner großen Überraschung wurde ich dennoch im Februar 1991 vom Konzil der Universität Leipzig in der ersten wirklich demokratischen Rektorwahl seit 60 Jahren zum Rektor bestimmt.

Wichtigster Ansprechpartner für uns neu gewählte ostdeutsche Rektoren wurde die Hochschulrektorenkonferenz. Der damalige Präsident der HRK, Hans-Uwe Erichsen, erkannte sehr bald, dass wir die etablierten Strukturen und Verfahrenswege im Wissenschaftsbetrieb der alten Bundesrepublik anfangs kaum durchschauten und folglich manchen der auf uns einstürzenden Probleme einigermaßen ratlos gegenüberstanden. Er lud uns daher im Anschluss an die Plenarsitzungen regelmäßig zu speziellen Gesprächsrunden (das so genannte *Nachsitzen*) ein, auf denen wir unsere Fragen und Sorgen artikulieren konnten und stets sachkundigen Rat und Hilfe erhielten. Auch die DFG, der DAAD und die wissenschaftsnahen Stiftungen – insbesondere die Humboldt-Stiftung und der Stifterverband der Deutschen Wissenschaft – legten schnell und unbürokratisch vielfältige Programme zur Unterstützung der ostdeutschen Hochschulen auf.

Es waren aber auch viele einzelne westdeutsche Fachkollegen, die uns spontan zu Hilfe eilten. Ich denke vor allem an die so genannten Lufthansaprofessoren, die uns geholfen haben, in den ideologisch kontaminierten gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen, die per Beschluss der Landesregierung vom 11. Dezember 1990 „abgewickelt“, also zeitweilig geschlossen worden waren, die Lehre weiter fortzuführen, so dass wir den Studierenden keine Unterbrechung ihres Studiums zumuten mussten. Ich nenne hier nur beispielhaft den Politikwissenschaftler Carl-Christoph Schweitzer aus Bonn, der unmittelbar nach der Wende in Leipzig viel besuchte Vorlesungen und Seminare abhielt, ohne bei uns Reisekosten geltend zu machen, und der sogar mehrtägige Exkursionen ganzer Seminargruppen in den Bundestag (zu jener Zeit noch das Bonner „Wasserwerk“) aus eigener Tasche finanzierte. Ich denke auch an Wulf Steinmann, damals Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität, der mich und meine engsten Mitarbeiter im Rektorat für eine Woche nach München einlud, um uns mit den organisatorischen und technischen Abläufen in einer großen Hochschule vertraut zu machen. Oder an die vom zuständigen Minister berufenen Gründungsdekane, die, ohne ihre eigenen Aufgaben an ihren Heimatuniversitäten allzu sehr vernachlässigen zu dürfen, maßgeblich den Wiederaufbau der abgewickelten Bereiche prägten. Es sind also viele, viele Menschen, die an der

Erneuerung der ostdeutschen Hochschulen uneigennützig beteiligt waren und denen wir großen Dank schulden. Es betrübt mich ein wenig, dass dies von den ostdeutschen Hochschulen heute – etwa durch Ehrenpromotionen o. ä.- so selten gewürdigt wird.

Allerdings wurden auch einige vielversprechende Chancen versäumt. Schon 1990 hatten maßgebliche westdeutsche Kollegen, auch der HRK-Präsident Erichsen und sein Generalsekretär Joseph Lange, darauf hingewiesen, dass sie von der Erneuerung der ostdeutschen Hochschulen durchaus Impulse für die überfällige Hochschulreform im Westen erhofften. Daher bestärkten sie uns auch in der Absicht, uns das westdeutsche Hochschulsystem nicht einfach eins zu eins überstülpen zu lassen. Aber das half uns wenig: unter dem Übergewicht der Empfehlungen, Ratschläge und zum Teil auch Diktate der uns bereisenden Kommissionen verschiedenster Provenienz (auch der Hochschulstrukturkommission des eigenen Bundeslandes) blieben für uns selbst kaum Gestaltungs- und Freiräume für die Erprobung innovativer und unorthodoxer, den aktuellen Zivilisationsproblemen womöglich gerechter werdender inter- und transdisziplinärer Strukturen in Lehre und Forschung. Wir wurden vielmehr mit - aus meiner Sicht - fadenscheinigen Argumenten gehalten, uns strikt an die westdeutschen – wie wir inzwischen gelernt haben, damals jedoch nicht wussten – keineswegs optimalen Strukturen anzupassen. Jedes Hinterfragen der uns verordneten konservativen Modernisierung galt bald als weltfremd oder gar ungehörig.

Es wurde leider auch völlig unzureichend geprüft, welche gewachsenen ostdeutschen Wissenschaftstraditionen und -strukturen erhaltenswert gewesen wären. Der Sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Hans Joachim Meyer, setzte sich zwar mit allen Kräften für einen sensiblen Umgang mit den vorhandenen wissenschaftlichen Institutionen und deren Mitarbeitern ein, seine kluge Lösung „Erneuern und Bewahren“ verhallte jedoch weitgehend ungehört in der routinierten Betriebsamkeit vieler Akteure. Dazu trug ganz besonders die unsägliche Fehldiagnose des Präsidenten der MPG von der „Wissenschaftswüste Ostdeutschland“ bei. Sie bezog sich wohl ursprünglich nur auf die Geisteswissenschaften, wurde aber - vor allem in den Medien - bald auf die gesamte DDR-Wissenschaft bezogen. Dabei war ein solches Pauschalurteil sogar in Bezug nur auf die Geisteswissenschaften unfair und diskriminierend: z. B. hatten sich die Sprachwissenschaften oder auch die Altertumswissenschaften auch in der DDR-Zeit ein international durchaus anerkanntes hohes Niveau bewahrt. Nun aber klebte der Makel wie Pech an uns und wurde für einige Eiferer (*nota bene*: auch aus Ostdeutschland) zum Freibrief, um zu schalten und zu walten wie auf der grünen Wiese.

Das gilt ganz besonders für die Abwicklung sämtlicher Akademieinstitute. Offenbar war keinem Verantwortlichen auch nur halbwegs klar, dass eine Reihe dieser Institute hinsichtlich ihrer Aufgaben, ihrer Struktur (Harnack-Prinzip) und ihrer Leistungsfähigkeit durchaus mit den Max-Planck-Instituten der Bundesrepublik vergleichbar waren (und dass andere wiederum eher den Ressortinstituten entsprachen). Ihre Schließung führte zum Verschwinden ganzer akademischer Schulen und Forschungsgruppen – ein Verlust, den sich die ostdeutschen Länder gerade wegen des Verschwindens der Industrieforschung infolge der gleichzeitig einsetzenden Deindustrialisierung eigentlich nicht leisten konnten.

Auch das (gezielte?) Missverständnis, dass die DDR-Universitäten reine Lehranstalten gewesen seien, Kaderschmieden, an denen nicht geforscht, zumindest keinerlei Grundlagenforschung betrieben worden wäre, war nicht gerade hilfreich. Tatsächlich hätte man man schon damals leicht erkennen können (z. B. in den gesetzlich vorgeschriebenen Fachkommissionen), dass trotz aller Handicaps (unqualifizierte Einflussnahme der SED, mangelhafte Literatur- und Geräteversorgung, Reise- und Kontaktverbote in den Westen

u.a.) an den Hochschulen ebenso wie an manchen Akademieinstituten in der Regel solide und international respektierte Forschung betrieben wurde. Dafür sorgte schon die unbestreitbare Tatsache, dass auch zu DDR-Zeiten zumindest in den Natur- und Technikwissenschaften sowie in der Medizin eine erfolgreiche Hochschulkarriere ohne vorzeigbare wissenschaftliche Leistungen weitgehend ausgeschlossen war. Nun aber sollten die Universitäten zum Zwecke ihrer fachlichen Ertüchtigung mit Hilfe des speziell geschaffenen Wissenschaftler-Integrationsprogramms (WIP) die besten der aus den Akademieinstituten entlassenen Wissenschaftler und Techniker aufnehmen – ein fast aussichtloses Unterfangen, da zur selben Zeit die neu entstehenden Bundesländer ihren Hochschulen aus finanziellen Gründen einen rigorosen Stellenabbau verordnen mussten. So musste allein in Sachsen der Hälften der 1989 an den Hochschulen beschäftigten 24000 Mitarbeiter gekündigt werden – nicht etwa aus fachlichen, nicht aus politisch-moralischen Gründen, sondern einfach, weil kein Geld mehr da war. Das bedeutete oft einen endgültigen Bruch im Berufsleben und damit auch im persönlichen Leben von völlig unbescholtene Menschen, von Menschen, die sich womöglich jahre- oder Jahrzehntelang unter schwierigen Bedingungen um Lehre und Forschung verdient gemacht hatten, die kurze Zeit zuvor noch hoffnungsfroh um den Leipziger Ring gezogen waren und nun keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt hatten. Ganz abgesehen von dem bedauerlichen Verlust an Wissen und Können: ich empfand das als undankbar und im höchsten Maße unredlich. Es empört mich noch heute, dass Deutschland nach der Sternstunde seiner friedlichen Wiedervereinigung so schäbig mit seinen neuen Bürgern umging.

Wenn wir also heute die Anpassung des DDR-Wissenschaftssystems an bundesdeutsche Strukturen als Erfolgsgeschichte feiern, sollten wir auch daran denken, dass man mit ein wenig mehr Einfühlungsvermögen, Phantasie und Mut so manches hätte auch humaner und somit besser machen können.